

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nächstste Verbreitung in allen Volksschichten. Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsweg: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2.00, bei Zustellung ins Haus monatlich 2.25, durch die Post bezogen vierteljährlich 8.00 — ohne Zustellungsgebühr. Die Postkonten, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Post Leipzig Nr. 21543. — **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerdaer Konto Nr. 64. **Anfall höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Natur des Betriebes der Zeitung oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.**

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14 über deren Raum 90 Pfg., 6-spaltige 80 Pfg., 5-spaltige 70 Pfg., 4-spaltige 60 Pfg., 3-spaltige 50 Pfg., 2-spaltige 40 Pfg., 1-spaltige 30 Pfg.) die 3-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — **Amliche Anzeigen** die 6-spaltige Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 284.

Sonntag, den 5. Dezember 1920.

75. Jahrgang.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Von Oberbürgermeister Dr. Rost, Mitglied des Reichstages.

Das Reichsgesetzblatt hat vor kurzem die Ausführungsordnung zu dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten erlassen. Zwar ist damit der Wahltermin selbst immer noch nicht bestimmt, aber der Öffentlichkeit doch in Erinnerung gebracht, daß es neben dem Preussischen Landtag auch das Oberhaupt des Reiches demnächst neu zu bestimmen gilt.

In den Weimarer Tagen, in denen die Reichsverfassung beraten und nachher angenommen wurde, ist namentlich von rechtsstehender Seite immer wieder betont worden, daß, wenn man schon eine Republik schaffen wolle, man doch zum mindesten dieser eine starke Spitze geben müsse, als Gegengewicht gegen das mit jedem Wechsel in der Zusammensetzung des Parlaments stetem Wechsel unterliegende Kabinett. Aus diesen an sich durchaus richtigen und noch heute zielgebenden Ausführungen mag mancher den Schluß gezogen haben, daß es ja danach im Grunde gleichgültig sei, wer Präsident des Reiches ist. Und zu einer solchen Auffassung mag auch die äußere Zurückhaltung beitragen, die sich der vorläufige Reichspräsident auferlegt hat. Tatsächlich freilich hat Ebert doch eine weit stärkere Wirkung während der letzten 1 1/2 Jahre ausgeübt, als gemeinhin angenommen wird, und bei allem Widerspruch gegen seine Welt- und Staatsauffassung wird auch der gerechte Gegner hervorheben müssen, daß das Bild, das sich viele Kreise von ihm und seiner Tätigkeit machen, doch vom Tatsächlichen wesentlich abweicht.

Aber es ist klar, daß, wer Zeit seines Lebens Führer einer radikalen Partei war, wer Zeit seines Lebens im Kampfe gegen das Bürgertum seine Kräfte erprobt hat, auch beim besten Willen zur Objektivität nicht diejenige Stellung über den Parteien einnehmen kann, die der Reichspräsident nach den Wünschen der weitaus überwiegenden Volksmehrheit einnehmen soll. Ganz abgesehen von den Ansprüchen an die Persönlichkeit an sich und an das Maß von Repräsentation, welches manche als völlig unnötig und überwinden ansehen mögen, von dem andere, Einsichtigere, aber wissen, daß auch dieses in der Weltpolitik eine nicht geringe Rolle spielt, ist die verfassungsmäßige Bedeutung des Reichspräsidenten doch auch in ihrer Beschränkung recht erheblich.

Der Reichspräsident hat zunächst Recht und Pflicht, den Reichskanzler und die Reichsminister zu ernennen und ebenso alle Reichsbeamten und Offiziere. Sicher wird im wesentlichen die jeweilige Kabinettsmehrheit hierfür maßgebend sein; in einzelnen wenigen Fällen aber kann und wird der Reichspräsident selbst entscheiden, und dieses ist schon bereits mehrfach von nicht unerheblicher Bedeutung gewesen, namentlich wenn — wie gegenwärtig — politische Überzeugung des Reichspräsidenten und politische Überzeugung der Reichsregierung auseinandergehen. Oberbefehlshaber der Reichswehrmacht ist zwar der Reichswehrminister. Der Reichspräsident aber hat sie sich doch für Ausnahmefälle vorbehalten, kann sie also jederzeit an sich ziehen. Er ist gleichzeitig oberste Instanz in Belagerungssachen der Angehörigen der Reichswehr und -marine.

Der Reichspräsident entscheidet, ob und wann zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit der Belagerungszustand verhängt wird, ob und inwieweit erforderlichenfalls bewaffnete Reichsmacht zu solchen Zwecken eingesetzt und ob und inwieweit schließlich in diesem Zusammenhang die allen Deutschen durch die Verfassung zugesicherten Grundrechte, wie Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit ganz oder teilweise aufgehoben werden. Der Reichspräsident hat auch gerade in Entscheidungsfragen der Gesetzgebung nicht unwichtige Funktionen. Er kann gegen jedes vom Reichstag beschlossene Gesetz die Entscheidung des Volkes durch Urabstimmung anrufen. Vor allem aber — und das ist außerordentlich wesentlich — steht dem Reichspräsidenten das Recht zu, den Reichstag aufzulösen und damit in geeigneten Fällen vom Reichstag an die Wähler zu appellieren. Allerdings ist er dabei an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden.

Über alles dies hinaus aber bedeutet das Amt des Reichspräsidenten die staatsrechtliche Vertörperung des Reiches nach außen, und darum kommt es vor allem darauf an, daß ein Reichspräsident gewählt wird, den nicht parteipolitische Agitation als Träger eines Parteiprogramms auf-

den Schuld hebt, sondern eine Persönlichkeit, die in Deutschland und, wenn irgend möglich, darüber hinaus auch im Ausland eben als Persönlichkeit sich allgemeinen Ansehens erfreut.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß diese Gedankengänge im Grunde den heute so ganz auf Parteilinie gestellten Reigungen unseres Volkes zu widersprechen scheinen. Gar mancher Name ist genannt worden und hat wieder verschwinden müssen, weil entweder seine Kandidatur sofort parteipolitisch ausgenutzt oder aber durch den Kampf der Parteien heruntergezogen wurde. Das Schicksal der Kandidatur Hindenburgs gibt zu denken. Aber auch andere Vorschläge, die gemacht worden sind, wie etwa des Grafen Posa-domstky, des Fürsten Bülow, des früheren Kronprinzen Ruprecht von Bayern (ich zähle nur auf, mache sie nicht zu den meinigen), haben ähnliches erfahren.

Eher wird keine Aussicht bestehen, eine wirklich auch nur einigermaßen befriedigende Lösung der nach den vorstehenden Ausführungen für Deutschland so wichtigen Frage erhoffen zu dürfen, als nicht zunächst einmal diese Frage über das Parteiprogramm hinausgehoben und wirklich angesehen wird als das, was es ist: eine Frage der gesamten Nation. Vielleicht sind die Aussichten, daß solche Erkenntnis um sich greife, schon größer, wenn zunächst die Allgemeinheit sich über die Bedeutung der zu treffenden Wahl klar geworden ist. Woher der künftige Präsident kommt, ist ziemlich gleichgültig; ob aus den Reihen der Staatsmänner, aus der Industrie, aus der Kaufmannschaft, aus den Kreisen der Wissenschaft oder sonst woher. Hauptsache ist nur, daß es wirklich ein Mann ist, der durch persönliche Würde und Lauterkeit, durch Geschick und Klugheit es versteht, nicht nur die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich zu bekommen und im Innern durch das Gewicht seines Amtes so Volksoberleitung zu beizutragen, sondern auch das so jämmerlich gesunkene Ansehen Deutschlands so zu stärken, wie es in besten Zeiten amerikanischer Geschichte Männern gelungen ist, deren Namen mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der Union verbunden bleibt.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Das Ergebnis der Beratungen zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen.

SZ. Über die vorläufigen Vereinbarungen, die in den Verhandlungen zwischen den Parteileitungen und den Fraktionen der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten zustande gekommen sind, wird von den beiderseitigen Parteileitungen folgender offizieller Bericht veröffentlicht:

„Die von der U. S. P. vorgelegten und bereits veröffentlichten Richtlinien wurden nach längerer Aussprache als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung der beiden Parteien bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, die Sonntag, resp. Montag stattfinden.“

An die Landesinstanzen der Kommunistischen Partei sind die Fragen gerichtet worden:

a) Ob sie gewillt sind, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen; b) ob sie für den Fall der Ablehnung dieser Frage bereit sind, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu verhindern.“

Die „Spa. Neuest. Nachr.“ bemerken hierzu: Die Richtung Fellsch hat damit vorläufig über die gemäßigten Dresdener Richtung die Oberhand behalten. Das wird Herrn Fellsch und Genossen eine besondere Benützung sein, und die unabhängige Presse hat ihm ja in den letzten Tagen mehrfach Vorhufhorbeeren darauf gezollt. Für sie war Fellsch nicht mehr der „Arbeitervertreter“, sondern wieder „der Genosse“. Wenn auch die vorläufige Einigung erzielt worden ist, so ist damit die sozialistische Regierung noch nicht gesichert. Wenigstens solange nicht, als die Kommunisten beider Richtungen sich den Sozialisten nicht anschließen. Da der Ministerpräsident laut Verfassung durch den Landtag zu wählen ist, könnte unter Umständen der Fall

eintreten, daß die Sozialisten wohl die Regierung übernehmen wollen, bei Stimmhaltung der Kommunisten für den Ministerpräsidenten aber nur 40 Stimmen aufbringen würden. Bei einem geschlossenen Zusammengehen der bürgerlichen Parteien könnten diese mit ihren 47 Stimmen dann den Ministerpräsidenten wählen und die sozialistischen Kombinationen über den Haufen werfen. Soweit wir unterrichtet sind, liegt allerdings den bürgerlichen Parteien im Augenblick gar nichts an einer Regierungsbildung. Man hat hier überall den Willen, die beabsichtigte rein sozialistische Regierung sich erst einmal „auswirken“ zu lassen. Vielleicht macht es Herr Fellsch besser als seine bisherigen Ministergenossen. Die gestern veröffentlichte Rede des Herrn Schwarz beweist, daß man in seinen Kreisen den neuen Verhältnissen nicht mit gar zu viel Vertrauen entgegensteht. Allerdings dürfte die Rede nur durch ein Versehen in die „Dresdener Volkszeitung“ geraten sein, da sie nur in einem kleinen Teil der Vorabendausgabe stand. Man hatte offenbar — allerdings etwas spät — gemerkt, daß die Rede den Einigungsverhandlungen nicht gerade günstig sein möchte, und sie dann aus der weiteren Auflage entfernt.

Parteitag der deutschen Volkspartei.

Nürnberg, 3. Dezember. Heute begann der dritte Parteitag der Deutschen Volkspartei. Etwa 900 Delegierte aus allen Teilen des Reiches sind erschienen, von Regierungsmitgliedern Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, von Parlamentariern Prof. Kahl, Chefredakteur Rippler, Staatsminister a. D. v. Krause. Die drei Hauptpunkte der Tagesordnung betreffen die politische Lage, den Friedensvertrag und die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei.

Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen sprach Abg. Dr. Stresemann über die politische Lage und erklärte über die Stellung zum Sozialismus u. a.:

Wir fordern den nationalen, christlichen, freiheitlichen Staat. Schuld des Bürgertums ist, daß es der Idee des Sozialismus nicht die gleich große Idee gegenüberstellt, sondern glaubt, diese Idee mit Gewalt niederschlagen zu können. Die sozialistischen Massen müssen wir zur Anerkennung des Staatsgedankens erziehen. Das Bürgertum hätte früher und stärker um die Seele des deutschen Arbeiters auf dem Boden der Gleichberechtigung im Staat und in der Gemeinschaft kämpfen müssen. Auch die sozialistischen Massen sind innerlich national gesinnt. Zu praktischer positiver Arbeit den Massen die Hand zu bieten, müssen wir jederzeit bereit sein. Einen Anspruch auf Vorherrschaft der Sozialdemokraten aber lehnen wir ganz entschieden ab. In Deutschland führt nicht die Sozialdemokratie, sondern das Bürgertum. Wenn die Führer der Umwälzung von unseren Feinden einen ehrlichen Frieden verlangen und nach seiner Ablehnung den letzten Mann zur nationalen Verteidigung aufgebieten hätten, dann hätte jeder Monarchist vor einer solchen Republik den Hut ziehen müssen.

Nach einer Kritik an dem Verhalten der Demokratie bei dem Versuch einer Koalition der bürgerlichen Parteien ging Dr. Stresemann zur Erörterung wichtiger Gegenwartsfragen über. Den Vorwurf der Zweiparteiligkeit in der Stellung der Partei zur Staatsform wies er entschieden zurück. Wir stehen fest auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Die Monarchie darf nur wiederkommen berufen vom Willen des Volkes. Die Deutsche Volkspartei bekennt sich zur Reichseinheit, aber in der Frage der Aufrechterhaltung des guten alten Preußen gibt es für uns kein Kompromiß.

Anschließend würdigte Dr. Stresemann dann die Bedeutung und Wirksamkeit der bürgerlichen Regierung: Die Entpolitisierung der Regierungsämter haben wir durchgesetzt. In allen Parteien setzt sich heute der Entpolitisierungsgedanke durch. Leider haben sich unsere erfahrenen Wirtschaftsführer für die Befetzung der entsprechenden Regierungsposten nicht zur Verfügung gestellt.

Eine internationale Kreditorganisation.

Genf, 3. Dezember. (W. I. B.) Der Vorsitzende der Finanzsektion der vom Völkerbundrate eingesetzten provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission Ströms-Schäffli erklärte Pressevertretern, die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission ist die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die es den besonders verarmten Ländern Europas, wie den Mittelmächten, ermöglicht, Rohstoffe einzuführen und diese als Fabrikate wieder auszuführen. Diese Kredite dürfen nur von den ganz verarmten Ländern in Anspruch genommen werden, die sich allein nicht helfen können.